

## **Abänderungsantrag**

**der sozialdemokratischen Abgeordneten  
zur Beilage 693/2023 (Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales  
betreffend den Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2024),  
Budgetgruppe 0 „Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung“,  
betreffend Budgetdienst für den Oö. Landtag**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der im Unterabschnitt 1/001 „Landtagsdirektion“ veranschlagte Betrag von 849.100 Euro wird im Finanzierungshaushalt um 250.000 Euro auf 1.099.100 Euro erhöht. Der Ergebnishaushalt wird entsprechend angepasst.
2. Dementsprechend werden die veranschlagten Mittel für das Verbindungsbüro des Landes Oberösterreich in Wien gestrichen.

### **Begründung**

Seit August 2019 gibt es ein Verbindungsbüro des Landes Oberösterreich in Wien, welches sich als Bindeglied zwischen dem Land Oberösterreich, der Bundesregierung und relevanten Stakeholdern versteht und die Interessen des Bundeslandes durch Lobbyarbeit in der Bundeshauptstadt vertreten will. Dass diese Lobbyarbeit jedoch keinerlei messbaren Erfolge erzielen konnte, zeigt eine aktuelle Anfragebeantwortung des Landeshauptmanns. Weiters ist dieser zu entnehmen, dass die Personalkosten im Lobbybüro im Jahr 2022 160.000 Euro betragen, obwohl es weder in der Vergangenheit eine Evaluierung gab noch künftig eine solche geplant ist. Hinzu kommen die Mietkosten des Lobbybüros, welches im elitären ersten Wiener Gemeindebezirk gelegen ist. Die bereits existierende Verbindungsstelle der Bundesländer in Wien, die innerösterreichische Botschaft der Länder gegenüber dem Bund, arbeitet seit mehr als 70 Jahren eng mit den entsprechenden Bundesstellen zusammen und hat damit einen tatsächlichen Nutzen für das Land Oberösterreich. Dass neben der Verbindungsstelle der Bundesländer in Wien auch das Verbindungsbüro des Landes Oberösterreich mit den Bundesstellen zusammenarbeitet, um Landesinteressen zu vertreten, bedeutet eine unwirtschaftliche Doppelgleisigkeit.

Im Gegensatz zum Lobby-Büro würde ein Budgetdienst einen echten Mehrwert für das Land Oberösterreich bieten. Einen solchen gibt es auf Bundesebene bereits seit Juli 2012. Durch Analysen und Fachexpertisen zu Budgetentwürfen, Budgetberichten und budgetrelevanten

Gesetzesvorlagen stellt der Budgetdienst dem Nationalrat ein regierungsunabhängiges Know-how in Haushaltsangelegenheiten zur Verfügung und stärkt damit dessen Kontrollfunktion gegenüber der Regierung.

Eine solche Einrichtung fehlt in Oberösterreich bislang und könnte mit ungefähr 250.000 Euro pro Jahr finanziert werden. Ein Budgetdienst würde auch den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern direkt zugutekommen, da damit unabhängige Analysen, wer von den Landesausgaben über- oder unterdurchschnittlich profitiert, möglich werden. Da auch im Voranschlag 2024 keine Mittel für die Einrichtung eines Budgetdienstes zur Verfügung gestellt worden sind, fordern die unterzeichneten Abgeordneten diese Mittel durch diesen Abänderungsantrag ein.

Linz, am 4. Dezember 2023

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Antlinger, P. Binder, Engleitner-Neu, Haas, Heitz, Höglinger, Knauseder, Margreiter, Schaller, Strauss, Wahl**